

Resolution

für den außerordentlichen SSW-Parteitag
am 13.11.2004 in Eckernförde

SSW fordert Konversionsprogramm des Bundes Bund und Land müssen bei der Bundeswehrreform ihrer regionalpolitischen Verantwortung gerecht werden!

Nördlicher Landesteil überproportional betroffen

Allein durch die Umstrukturierung der Bundeswehr sind in den letzten 10 Jahren über 20.000 öffentliche Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein abgebaut worden. Auch durch den Prozess der Verwaltungsmodernisierung von Bund, Ländern und Kommunen sind in den letzten Jahren viele öffentliche Arbeitsplätze verschwunden. Von dieser Entwicklung war der nördliche Landesteil überproportional betroffen. Dabei hatte das bisher von der Landesregierung aufgelegte Konversionsprogramm, das in den betroffenen Kommunen neue zivile Arbeitsplätze schaffen sollte, ein zu geringes finanzielles Volumen und konnte deshalb nicht ausreichend Ersatzarbeitsplätze schaffen.

SSW ist solidarisch mit Kappeln und Rendsburg

Auch die neuesten Standortschließungen treffen den nördlichen Landesteil hart. So sollen zum Beispiel zwei Kasernen und die Standortverwaltung in Rendsburg mit insgesamt 2.000 Dienstposten schließen. Am schlimmsten ist allerdings die geplante Schließung des Marinestützpunktes Olpenitz bei Kappeln. Trotz vieler sehr guter militärfachlicher und betriebswirtschaftlicher Argumente für den Erhalt des Standortes hat der Bundesverteidigungsminister leider beschlossen, Olpenitz mit seinen 2.000 militärischen und zivilen Arbeitsplätzen zu schließen und nach Kiel zu verlegen. Dieses ist für die Region um Kappeln nicht weniger als eine wirtschaftliche und menschliche Katastrophe, weil damit fast ein großer Teil der gesamten Kaufkraft

der Stadt wegfällt. Der SSW-Landesparteitag erklärt sich daher solidarisch mit den Menschen in Kappeln und Rendsburg sowie den betroffenen Belegschaften und ihren Familien.

Der SSW will ein Bundeskonversionsprogramm und konkrete Hilfe für die betroffenen Kommunen und Beschäftigten

Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform eine herausragende regionalpolitische Verantwortung. Der SSW fordert:

- Wenn der Arbeitsplatzabbau bei der Bundeswehr unvermeidlich ist, dann muss die Bundesregierung die betroffenen Regionen durch Konversionsmaßnahmen unterstützen. Daher muss der Bund sofort ein eigenes Konversionsprogramm mit einem ausreichenden finanziellen Volumen auflegen.
- Die Institutionen des Bundes müssen den betroffenen Kommunen bei der zukünftigen Verwendung der brachliegenden Bundeswehrliegenschaften entgegenkommen, zum Beispiel beim Verkaufspreis der Liegenschaften.
- Die betroffenen zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter– insbesondere Angehörige der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe – müssen bevorzugt regionale Anschlussstellungen bei den Bundes- und Landesbehörden oder bei den Kommunen bekommen können.

Gerda Eichhorn

SSW-Landesvorsitzende

